

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**

- (A) ständnis zu zeigen, danach etwas lange ruhen zu lassen und am Ende eher weihervoll, wenn der Prozess zu Ende ist, die Hand daraufzulegen. Frau Schavan, nehmen Sie Abschied von dieser Methode des Schavanismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kommen Sie in die Hufe! Setzen Sie ein Zeichen, und gehen Sie mutig nach vorne!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Professorin Dr. Monika Grütters von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Monika Grütters (CDU/CSU):**

Immer mal wieder einen Kalauer, Herr Rossmann: „Schavanismus“. Ich finde, das Thema ist für so etwas zu ernst. Gerade vor einer Woche habe ich hier gesagt, wie toll es ist, dass wir in einem Jahr zweimal über ein so wichtiges Thema reden. Jetzt toppt das die SPD und sorgt dafür, dass wir in acht Tagen zweimal über dieses Thema reden.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Es kommt noch mehr!)

- (B) Sie sollten aufpassen, dass das bei Ihnen nicht zum Running Gag wird. Dafür ist das Thema wirklich zu ernst.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben gefragt, was in den letzten acht Tagen passiert ist. Die Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat wirklich etwas getan. Im Gegensatz zu Ihnen hat sie nicht nur geredet, sondern immerhin zu einem Bologna-Gipfel eingeladen.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Großartig!)

Das haben Sie schließlich nicht getan. Geradezu reflexhaft kommt dann von den Oppositionsbänken die Reaktion: Sie müssen zu einem Bologna-Gipfel einladen. Weil das nun schon passiert ist, ist die Reaktion: nicht erst im April, sondern schon jetzt. Da hätte ich von Ihnen ein bisschen mehr Fantasie und mehr andere konkrete Vorschläge erwartet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ähnlich der Kollege Gehring, der gebetsmühlenartig – wir hören das gleich bestimmt wieder – Bundesaktivitäten fordert, wenn die Länder und die Hochschulen Missstände verursachen. Aber auch das läuft immer nach dem Motto: Ich fordere etwas, was du schon tust; vom Hochschulpakt über den Bildungsgipfel, jetzt die Bologna-Konferenz, mehr Geld für den Bildungsbereich bis hin zur Verbesserung der Lage der Studis. Dies wird

von der Regierungsbank bereits umgesetzt und trotzdem (C) von der Opposition immer wieder eingefordert.

Dabei hat sogar gestern die, was das bürgerliche Milieu angeht, eher unverdächtige Tageszeitung *taz* getitelt:

Studis, stoppt euren Streik!

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Was titelt sie heute? Wissen Sie, was sie heute titelt?)

– Ich lese auch die heutige Ausgabe. Darauf komme ich gleich noch. Sie aber haben hoffentlich auch die von gestern gelesen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ich lese jeden Tag Zeitung!)

Dabei meinen weder die *taz* noch wir – Sie auch nicht, das wissen wir, darauf haben wir uns letzte Woche verständigt –, dass die Bildungsproteste nicht berechtigt wären. Uns geht es aber darum, wie man mit intelligenten Ideen die teilweise wirklich schlimme Situation an den Unis verbessert; mit Streik jedenfalls nicht. Selbst die *taz* rät dazu, bessere Strategien zu entwickeln.

Unsere Strategie ist: Der Bundesetat für Bildung ist in den vergangenen Jahren so sehr gestiegen wie kein anderer im Bundeshaushalt, und zwar, Herr Gehring und Herr Rossmann, trotz der Zuständigkeit der Länder. Sie wollten ein finanzielles Zeichen, wir haben es gesetzt.

Zum zweiten Mal wird es im Dezember einen Bildungsgipfel mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten geben; denn schließlich haben sie die, wie viele von uns Bildungsleuten meinen, vertrackte Föderalismusreform beschlossen. Dieser Bildungsgipfel wird nicht deshalb abgehalten, weil Sie etwas verspätet danach rufen, sondern weil wir schon sehr früh der Meinung waren, dass er einmal wieder sein muss. Ich kenne keine andere Kanzlerin, die sich einmal im Jahr mit den Ministerpräsidenten zusammengesetzt hat, um über dieses Thema zu reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Bundesbildungsministerin trifft sich erneut mit den Bildungsministern der Länder, auch im Rahmen der KMK. Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Frau Wintermantel, war es übrigens, die den Zeitpunkt April vorgegeben hat. Das ist der Grund für diesen Termin und nicht, dass Frau Schavan meint, sich noch fünf Monate Zeit lassen zu müssen. Unsere Ideen zur Verbesserung der Situation sind bekannt: Mobilitätsfenster, Studien- und Prüfungsordnungen korrigieren, mehr individuelle Gestaltung, Entschlackung der Lehrpläne, was übrigens kein Geld, sondern Mut erfordert.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann seien Sie mutig!)

Das sind keine Dinge, für die wir noch fünf Monate Zeit brauchen. Damit die Hochschulen uns konkrete Vorschläge machen können, wurde von ihnen der April vorgeschlagen.

Es gibt aber auch Erfolge. Herr Rossmann, ich finde, wir sind es den Studierenden und der Wirtschaft schul-

(D)

**Monika Grütters**

- (A) dig, auch darauf hinzuweisen. Die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität haben gesagt, dass sie mit der Umsetzung des Prozesses beeindruckende Erfolge erzielt haben, dass das schon seit 2003 wirklich gut läuft. Also: Etwas mehr Besonnenheit und etwas weniger Aktionismus! Dazu rät auch der eben von Ihnen ins Feld geführte Peter Strohschneider, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates. Er sagt sogar, dass wir mehr Flexibilität bei den curricularen Strukturen brauchen. Eine Reform der Reform brauchen wir jedenfalls nicht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Davon ist ja auch keine Rede!)

Der versammelten Linken und den Studis möchte man – ganz im Geiste der *taz* – zurufen: Stoppt eure Proteste! Entwickelt gemeinsam Konzepte zur Lösung der erkannten Probleme! Setzt euch mit den Verantwortlichen zusammen! Das sind in erster Linie die Länder. In fünf Ländern stellt die SPD übrigens den Bildungsminister. Es wäre interessant, wenn die gemeinsam eine Konferenz abhalten und Ideen für einen vernünftigen Umgang mit den Forderungen entwickeln würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Der Bologna-Prozess ist ein Versuch, die Hochschulen und die gesellschaftliche Wirklichkeit, in der sie stehen, etwas realistischer zu betrachten. Es ist der Versuch, darauf zu reagieren, dass heute mehr als ein Drittel eines Abiturjahrgangs einen akademischen Abschluss anstrebt.

- (B)

KMK-Bildungstreffen am 10. Dezember, Bildungsgipfel mit Merkel am 16. Dezember, ein Bologna-Gipfel im April, Kommentare der stärksten Figuren dieser Republik, vom Bundespräsidenten, der Kanzlerin und der Bundesbildungsministerin – so geht man verantwortungsbewusst mit den Protesten um.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Dann haben Sie Köhler aber nicht verstanden!)

Die ritualisierte Aufregung überlassen wir gerne der Opposition.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Nicole Gohlke von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Nicole Gohlke (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Den Bildungsstreik sollte man nicht überbewerten; solche Proteste sind unter Studenten alle paar Jahre üblich“, das haben Sie, Frau Bildungsministerin, am letzten Sonntag bei *Anne Will* sinngemäß auf die Frage erklärt, warum die Studierenden protestieren. Solche Äußerungen sind für die Studierenden wirklich schwer zu ertragen; denn so etwas ist nichts anderes als

absolute Ignoranz und Respektlosigkeit den Streikenden (C) gegenüber.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Geld ist nicht alles, ist die nächste Erwiderung von Politikern der schwarz-gelben Koalition auf die Forderungen der Streikenden. Aber Dozentinnen und Dozenten und Bibliotheken kosten nun einmal Geld, erst recht, wenn die Hochschulen endlich einmal aufhören, prekäre Lehrverträge und sogar 1 -Euro-Jobs zu vergeben. Ohne mehr Geld wird es keine neuen Studienplätze und keine breitere Ausgestaltung der Studiengänge geben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Mehr Geld ist vielleicht nicht die alleinige Lösung, aber in jedem Fall die Voraussetzung für Verbesserungen. Die bisherigen Vorhaben der Regierung reichen keinesfalls aus. Im Gegenteil: Die Steuersenkungspläne der Bundesregierung sind genau wie die Schuldenbremse eine Katastrophe für die Bildungspolitik, weil die Haushalte der Länder schon jetzt auf dem letzten Loch pfeifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Schavan, wenn Sie von der Situation der Studierenden irgendetwas verstanden haben, dann müssen Sie sich jetzt gegen die geplante Steuerreform stellen; sonst wird entgegen Ihren Bekundungen die Bildung in Deutschland totgespart. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [Lautsitz] [FDP]: Das ist genau das Gegenteil!)

Welche Antworten auf die Bildungsmisere kommen ansonsten von der Bundesregierung? Das Projekt „Bildungssparen“ – davon haben wir jetzt schon einiges gehört – nach dem Vorbild der Riester-Rente, also die Privatisierung der Bildungsförderung. Doch wer soll sich das leisten können? Für wen ist das gedacht? Ihr Bildungssparen führt unter anderem dazu, dass viele Eltern in die schlimme Situation kommen werden, entscheiden zu müssen, wofür sie das wenige Geld, das am Monatsende eventuell übrig ist, sparen und anlegen: für die Bildung der Kinder oder für die eigene Altersvorsorge. Wie würden Sie entscheiden, Frau Schavan, wenn Sie in einer etwas schwierigeren sozialen Situation wären: Zukunft für die Kinder oder ein halbwegs würdevoller Lebensabend? Oder für welches Ihrer Kinder würden Sie sparen, wenn es für das Studium von zwei oder drei Kindern nicht reicht?

(René Röspel [SPD]: Für die Jungs!)

Dabei können sich diejenigen, die vor solchen Entscheidungen stehen, sogar noch glücklich schätzen. Hartz-IV-Bezieher und -Bezieherinnen, Alleinerziehende oder die vielen Geringverdiener in unserer Gesellschaft stehen schon gar nicht mehr vor solchen Entscheidungen. Frau Bildungsministerin, nehmen Sie endlich die Realitäten in diesem Land zur Kenntnis. Durch Ihre